

work , 09.03.2007

Geschlossenes Nein der Bürgerlichen **Asbestopfer: Kein Schweizer Register**

**Umfassender Schutz vor Asbestvergiftung?
Dem Nationalrat ist das zu teuer.**

MICHAEL STÖTZEL

Pierre Kohler (CVP), Ruedi Aeschbacher und Heiner Studer (EVP) – drei bürgerliche Nationalräte, denen Menschenleben nicht zu teuer sind. Einzig diese drei stimmten am letzten Dienstag mit Grünen und SP für die parlamentarische Initiative Franziska Teuschers (GP) und André

Daguets (SP). Der grossen Mehrheit dagegen war ein Entschädigungsfonds für Asbestopfer und ein nationales Register aller asbesthaltigen Gebäude zu teuer. Gegen die Initiative stimmte auch FDP-Rechtsaussen Filippo Leutenegger, der sich 2006 mit einem Vorstoss zugunsten der Asbestopfer profilieren wollte.

Bisher starben in der Schweiz nachweislich über 750 Menschen an Asbestkrebs. Die Suva schätzt eher konservativ, dass in den nächsten 20 bis 30 Jahren weitere 3500 Menschen an asbestbedingten Krankheiten sterben werden – überwiegend Bauleute zumeist ausländischer Herkunft. Für sie das viele Geld ausgeben? Die Bürgerlichen sagten Nein.

MILLIARDEN. Zugegeben: Der Entschädigungsfonds, vor allem aber ein nationales Asbestregister wären für Kleingeld nicht zu haben. Asbesthaltige Baustoffe wurden 1990 verboten.

Praktisch alle Gebäude, die vorher errichtet wurden, müssten bei einer Meldepflicht auf Spuren der tödlichen Faser untersucht werden. Das kostete Milliarden. Nur so liesse sich andererseits vermeiden, dass immer wieder Menschen ungeschützt mit den Fasern in Berührung kämen.

NAIV. CVP-Nationalrat Sep Cathomas begründete das Nein der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie zur Initiative Teuschers mit den heute bereits geltenden Arbeitsschutzbestimmungen. Sie verlangten bei allen Bau-

massnahmen an älteren Gebäuden Vorabklärungen im Hinblick auf Asbest. Eine gefährlich naive Behauptung angesichts all der Asbestskandale der letzten Zeit. Die Parlamentsmehrheit war trotzdem gerne bereit, sie zu schlucken.

Was jetzt? In den Debatten von National- und Ständerat liessen einige Bürgerliche laut Franziska Teuscher durchblicken, dass sie sich eine Asbestprüfung bei Handänderungen von Gebäuden vorstellen könnten. Genau das will Teuscher nun in einer neuen Initiative einfordern.